

Tagesordnung 1 Punkt 2.1 der öffentlichen Sitzung am 12.08.2004

Vorlage Nr. 04-F-02-0056

**Zukunft der Stadtgärtnerei
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04. August 2004**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Stadtgärtnerei und die angrenzenden Freiflächen, soweit sie sich in städtischem Besitz befinden und vom Pächter benötigt werden, an die DBS gemeinnützige Schulungs-, Service- und Dienstleistungsgesellschaft mbH zu verpachten;
2. mit der DBS gGmbH einen entsprechenden Pachtvertrag abzuschließen;
3. für das Gebiet bis spätestens zum letzten Sitzungszug 2004 ein Bebauungsplan unter Berücksichtigung der geplanten Nutzung aufzustellen und den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen;
4. die erforderlichen Mittel in Zusammenhang mit der geplanten Nutzung, sofern sie nicht vom Projektpartner getragen werden, aus dem Budget des zuständigen Dezernats bereitzustellen bzw. zum nächsten Haushalt anzumelden;
5. darauf hinzuwirken,
dass die Ausbildungsverträge mit den derzeitigen Auszubildenden der Stadtgärtnerei bestehen bleiben,
dass zumindest bis zum Abschluss dieser Ausbildungsjahrgänge die Kosten für den in der Stadtgärtnerei beschäftigten Gärtnermeister weiterhin von der Stadt übernommen werden;
6. in Abstimmung mit der Personalvertretung den Umfang der künftigen Ausbildung unter Berücksichtigung des Eigenbedarfs der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Zukunftsaussichten des Ausbildungsberufes „Zierpflanzengärtner“ zu vereinbaren.

Beschluss Nr. 0004

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Stadtgärtnerei und die angrenzenden Freiflächen (mit Ausnahme der Ausgleichsflächen), soweit sie sich in städtischem Besitz befinden und vom Pächter benötigt werden, an die DBS gemeinnützige Schulungs-, Service- und Dienstleistungsgesellschaft mbH zu verpachten;
2. mit der DBS gGmbH einen entsprechenden Pachtvertrag abzuschließen;

- Ältestenausschuss und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung (FA)-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0004 vom 12.08.2004

3. für das Gebiet schnellstmöglich, angestrebt wird der letzte Sitzungszug 2004 ein Bebauungsplan unter Berücksichtigung der geplanten Nutzung aufzustellen und den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen;
4. die erforderlichen Mittel in Zusammenhang mit der geplanten Nutzung, sofern sie nicht vom Projektpartner getragen werden, aus dem Budget des zuständigen Dezernats (Dezernat VII) bereitzustellen bzw. zum nächsten Haushalt anzumelden;
5. darauf hinzuwirken,

dass die Ausbildungsverträge mit den derzeitigen Auszubildenden der Stadtgärtnerei bestehen bleiben,

dass zumindest bis zum Abschluss dieser Ausbildungsjahrgänge die Kosten für den in der Stadtgärtnerei beschäftigten Gärtnermeister weiterhin von der Stadt übernommen werden;

6. in Abstimmung mit der Personalvertretung den Umfang der künftigen Ausbildung unter Berücksichtigung des Eigenbedarfs der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Zukunftsaussichten des Ausbildungsberufes „Zierpflanzengärtner“ zu vereinbaren.

- Endgültige Beschlussfassung gemäß § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung -

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .08.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .08.2004

1. Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
3. Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister